



# Kompromißloses NEIN zur Verlängerung der Arbeitszeit!

## Vollstreik!!!

Die *Tarifgemeinschaft Deutscher Länder*, der Arbeit"geber"verband der Bundesländer, hat den Tarifvertrag im Tarifgebiet West über die 38,5-Stunden-Woche für ArbeiterInnen und Angestellte im öffentlichen Dienst gekündigt. Solange es keine neue Regelung gibt, bedeutet dies: Mit Neueingestellten können ab 1. Mai längere Arbeitszeiten **ohne jeglichen Lohnausgleich „vereinbart“** werden. Das gilt jedoch nicht für die bereits Beschäftigten. Auch Innenminister Schily kündigte bereits an, in der Tarifrunde 2005 für Beschäftigte des Bundes längere Arbeitszeiten zu fordern.

In Bayern gilt die 42-Stunden-Woche bereits für (neu eingestellte) ArbeiterInnen und Angestellte sowie BeamtenInnen. Die bayerische Staatsregierung erklärte unverhohlen, sie werde Druck auf alle Beschäftigte ausüben, „freiwillig“ einer entsprechenden Arbeitszeitverlängerung zuzustimmen. Wer für sich auf das Tarifrecht echt beharrt, wird einfach von Beförderungen und Höhergruppierungen ausgeschlossen.

In Hessen wurde die 42-Stundenwoche (für Beamte bereits eingeführt) und in NRW die 41-Stundenwoche für Neueingestellte angekündigt.

Hinzu kommt, dass die *Tarifgemeinschaft Deutscher Länder* fordert, einen Anteil von 20 % der Vergütung der Beschäftigten von deren **Leistung** abhängig zu machen. Das würde bedeuten, dass die Grundgehälter zunächst einmal um 20 % gekürzt werden und der öffentliche Arbeit"geber" mögliche Aufstockungen vom Wohlverhalten der beschäftigten und deren Beurteilung durch die Vorgesetzten abhängig macht.

Nach Berechnungen von Verdi laufen die Pläne der Landesregierungen alles in allem darauf hinaus, **Löhne und Gehälter faktisch bis zu 35 % zu senken!** (FR 02.04.2004)

### Dazu sagen wir NEIN!

Das ist ein Generalangriff auf uns alle! Der öffentliche Dienst müsse hier als „**Vorreiter für alle Wirtschaftsbereiche**“ agieren, drohte Stoiber (FR 29.03.2004). Mit anderen Worten: was die Arbeit"geber" in der Metalltarifrunde nur in Ansätzen erreichen konnten, will der Staat in seiner Funktion als Arbeit"geber" jetzt durchsetzen. Er will massive Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich oder sogar bei sinkendem Nominaleinkommen erzwingen. Bund und Länder verstehen sich gewissermaßen als Türöffner zur allgemeinen Arbeitszeitverlängerung. Die öffentlichen Arbeit"geber" benutzen das „Totschlagargument“ der leeren öffentlichen Kassen zur Durchsetzung der Interessen des Kapitals.

Für alle Wirtschaftsbereiche, so Stoiber, sollen Maschinenlaufzeiten noch mehr ausgelastet werden, damit die Konkurrenz ausgeschaltet und Lohnkosten gesenkt werden. Die Löhne sollen künftig einfach nicht mehr aufgestockt werden. Ohne Arbeitszeitverlängerung müssten bei einer Marktexpansion mehr Arbeitskräfte eingestellt werden, doch zusätzliche Kosten wollen die Unternehmen vermeiden. Arbeitszeitverlängerung wird also benutzt, um dem Fall der Renditen entgegenzuwirken.

Die Folge: Die Arbeitslosigkeit, die diese Herrschaften angeblich bekämpfen wollen, wird weiter in die Höhe getrieben.

Darauf darf es nur eine Antwort geben: **massiven Widerstand!**

Nehmen wir ver.di-Chef Frank Bsirske beim Wort. Er drohte den öffentlichen Arbeit"gebern „**einen Konflikt in bisher nicht gekanntem Ausmaß**“ (FR 02.04.2004) an.

Nehmen wir den stellvertretenden Vorsitzenden der IG Metall Huber beim Wort. Er sagte: „**Wenn ver.di**

*sich in der Lage sieht, diese Auseinandersetzung - notfalls auch mit Streiks - aufzunehmen, werden wir das mit Solidaritätsaktionen unterstützen“ (FAZ 09.04.2004).*

Notwendig sind ein Vollstreik im öffentlichen Dienst und wirksame Solidaritätsaktionen bis hin zu Streiks in allen anderen Wirtschaftszweigen! Staat und Kapital dürfen damit nicht durchkommen!

## **KEINE VERLÄNGERUNG DER ARBEITSZEIT!**

***Wir wollen statt Arbeitszeitverlängerung, die 30 Stunden Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich auf der Grundlage einer 5-Tage-Woche!***

***Dafür haben wir gute Gründe:***

1. Lange Arbeitszeiten machen auf die Dauer krank.
2. Arbeitszeitverkürzung bringt mehr Freizeit, die für Weiterbildung, die Familie, die Freunde, ehrenamtliche Tätigkeiten, politische Arbeit oder einfach zum Leben, Faulenzen verwendet werden kann. Die alte Forderung der Arbeiterbewegung nach einer Humanisierung der Arbeit, ist nach wie vor aktuell.
3. Arbeitszeitverkürzung sichert bestehende Arbeitsplätze und schafft neue, weil...:
  - Die jährlichen Steigerungen der Arbeitsproduktivität machen eine Arbeitszeitverkürzung notwendig, um zu Verhindern, dass immer weniger

Menschen für die vorhandene Arbeit benötigt werden.

- Die rasante technische Entwicklung wird vom Kapital zu umfassenden Rationalisierung in allen Wirtschaftsbereichen genutzt. Nur eine Arbeitszeitverkürzung sichert die vorhandenen Arbeitsplätze, die ansonsten durch die Rationalisierung wegfallen würden.
- Eine generelle Arbeitszeitverkürzung ist die Voraussetzung für eine massive Senkung der Arbeitslosenzahlen. Als Nebeneffekt werden die Sozialsysteme erheblich entlastet, der Staat hat zusätzliche Einnahmen durch die Lohnsteuer, die Binnennachfrage steigt, was wiederum zu neuen Arbeitsplätzen führt.

---

### **Wer wir sind:**

Das Rhein-Main-Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne hat sich Ende 2002 gegründet, um den Widerstand gegen die Umsetzung der „Hartz-Pläne“ lokal und regional zu organisieren. Der radikale Abbau der sozialen Sicherung, der derzeit unter dem Namen Agenda 2010 vorangetrieben wird, steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der Verlängerung der Arbeitszeit, der Senkung der Löhne und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Wir sehen hierin dramatische Verschärfung des Angriffs des Kapitals „nach innen“, um in Zeiten sinkender Renditen die Bedingungen der Kapitalverwertung weltweit zu optimieren. Mit der Keule des bedingungslosen Standortwettbewerbs sollen Beschäftigte, Erwerbslose, RentnerInnen, Kranke und junge Menschen auf nationaler und internationaler Ebene gnadenlos gegeneinander ausgespielt werden.

### **Wir dagegen wollen:**

- diese Spaltung überwinden, damit die betroffenen Bevölkerungsgruppen gemeinsam für ihre Interessen kämpfen,
- diskutieren und zwar jenseits von parteipolitischen und gewerkschaftlichen Strukturen,
- der Politik des Sozialkahlschlags durch Protest und Gegeninformation etwas entgegenzusetzen,
- auf Grundlage des „Frankfurter Appells gegen Sozial- und Lohnabbau“ ein breites Bündnis schaffen.

Wir widersetzen uns dem internationalen Lohn- und Sozialdumping. Dazu brauchen wir den internationalen Zusammenschluss und gemeinsamen Widerstand der Arbeitenden und Erwerbslosen, der RentnerInnen und Kranken, SchülerInnen und Studierenden aller Nationalitäten.

### **Rhein-Main Bündnis gegen Sozialabbau und Billiglöhne**

c/o Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen e.V. (BAG SHI)

Moselstr. 25, 60329 Frankfurt am Main, Fon: 0 69 - 27 22 08 96, Fax 0 69 - 27 22 08 97

e-mail: bagshi-frankfurt@web.de

### **Treffen des Rhein-Main-Bündnisses:**

Jeden ersten Mittwoch des Monats um 19.30 Uhr im Club Voltaire, Kleine Hochstr. 5, Frankfurt.